

10.4. Schlußbetrachtung

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war das Bestreben, eine allgemeine Theorie politischer Stabilität bzw. des politischen Risikos für ausländische Direktinvestitionen zu erarbeiten. Ein wichtiges Ziel war es dabei, die Widersprüche hinsichtlich der Bedeutung politischer Stabilität für ausländische Direktinvestitionen in Abhängigkeit von der Untersuchungsmethode aufzulösen. Dieser Widerspruch besteht darin, daß einerseits Unternehmen im Rahmen ihrer Direktinvestitionsentscheidung die Bedeutung der politischen Stabilität hervorheben, daß andererseits aber die Relevanz politischer Größen für Direktinvestitionsentscheidungen bei statistischen Tests kaum nachgewiesen werden kann. Aus diesem Grund war es auch notwendig, den eher verschwommenen Begriff des Investitionsklimas genauer zu untersuchen und zu differenzieren. In den Mittelpunkt des Interesses wurden dabei die politischen Determinanten des Investitionsklimas gerückt und das gesamte Spektrum politischer Risiken analysiert. Dabei ergab sich, daß ethno-linguistische, religiöse, demographische und sozio-ökonomische Strukturen ebenso wie Wertvorstellungen und politische Philosophien von besonderer Relevanz für politische Risiken sind. Unabhängig davon wurden auch solche politische Risiken, deren Relevanz für Unternehmen unmittelbar erkennbar ist, wie Enteignungen, Nationalisierungen, Konfiszierungen aber auch die Einschränkung der Dispositionsfreiheit der Unternehmen durch die Gastländer usw. in die Untersuchung einbezogen. Als interessanteste Ergebnisse sind dabei festzuhalten, daß beispielsweise Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 100 Mill. US-Dollar pro Jahr einem sehr hohen Enteignungsrisiko ausgesetzt sind und daß das Enteignungsrisiko für Direktinvestitionen in arabischen und afrikanischen Staaten wesentlich höher ist als in lateinamerikanischen und asiatischen Staaten.

Um diese Erkenntnisse für die Unternehmenspraxis fruchtbar zu machen, wurde ein Überblick über die verschiedenen Analysemethoden politischer Risiken durch die Unternehmen erarbeitet und auch auf die jeweiligen Stärken und Schwächen der einzelnen Methoden eingegangen. Als wichtiges Ergebnis wurde dabei gewonnen, daß ein systematischer Ansatz zur Erfassung politischer Risiken notwendig ist, der

die herkömmlichen Verfahren integriert. Als zentrale Restriktion darf dabei jedoch nicht übersehen werden, daß der Aufwand für die Risikoanalyse nicht kostenintensiver sein darf, als die drohenden Verluste aufgrund politischer Risiken. In diesem Zusammenhang war es auch bedeutsam, die Grenzen von Frühwarnsystemen hinsichtlich des politischen Wandels zu erkennen, da die Vorhersage politischer Größen noch wesentlich komplexer und unsicherer ist, als die Vorhersage ökonomischer Daten.

Als vorläufig letzter Schritt des Untersuchungsprozesses schloß sich die Entwicklung von Strategien an, die nach erfolgter Analyse politischer Risiken ergriffen werden müssen. Als prinzipielle Alternativen können dabei Risikoanpassung, Risikoabwehr, Risikotransfer sowie Desinvestitionen unterschieden werden. Während die aktive Strategie der Risikoabwehr wohl eher der Vergangenheit angehören dürfte, scheint die Strategie der Risikoanpassung am ehesten vom Vorwurf der Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Gastlandes frei zu sein. Als adäquate Strategie bietet sich auch die des Risikotransfers an, wobei die Auswirkungen politischer Risiken auf Dritte abgewälzt werden. Desinvestitionen scheinen dagegen dann angebracht zu sein, wenn Enteignungen und Nationalisierungen auf kurz- bzw. mittelfristige Sicht zu erwarten sind.

Da sich die bisherigen Ansätze der politischen Risikoanalyse relativ oberflächlich mit dem Problem der politischen Stabilität auseinandergesetzt haben, erschien es im Rahmen eines Exkurses notwendig, das Phänomen der politischen Stabilität sowohl anhand der klassischen Theorien als auch anhand der neueren Ansätze in den Griff zu bekommen. In diesem Zusammenhang erwiesen sich hochinstitutionalisierte Parteien als Stabilitätsfaktoren von besonderer Bedeutung. Von allen untersuchten Regierungskonfigurationen zeigten sich weiterhin demokratische Systeme am stabilsten. Von Interesse war in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß politische Instabilität umso wahrscheinlicher ist, je stärker sich die ökonomischen Verhältnisse verschlechtern bzw. umso stärker die Rate der sozialen Mobilisierung die Rate der ökonomischen Entwicklung übersteigt.

Die differenzierte Erörterung der politischen Stabilitätstheorien wäre jedoch relativ fruchtlos geblieben, wenn sie nicht auf ein konkretes Land angewendet worden wäre, das in den vergangenen Jahren von extremer Instabilität gezeichnet war. In diesem Zusammenhang bot sich die Türkei an, und es wurde versucht, im Rahmen von Expertenbefragungen die Theorien der politischen Stabilität auf das politische System der Türkei anzuwenden. Die Erkenntnisse, die ihren Niederschlag in einem Stabilitäts-Instabilitätsprofil fanden, zeigen eindeutig, daß die Türkei im Zeitraum bis zum 12. September 1980 in ihren kritischen Bestandteilen durch extreme Instabilität geprägt war. Besonders gravierend war dabei die gegenseitige Blockierung der politischen Parteien im Parlament, sowie die Politisierung des öffentlichen Dienstes und die Unfähigkeit der Parteien, akute sozio-politische Probleme zu lösen.

Es hat sich eindeutig gezeigt, daß politische Stabilität weder regierungssystemunabhängig noch losgelöst vom Entwicklungsniveau einer Gesellschaft betrachtet werden kann. Ohne einen hohen Modernisierungsgrad mit demokratischen Regierungsstrukturen gleichsetzen zu wollen und damit jegliche Formen alternativer politischer Entwicklung auszuschließen, muß doch festgestellt werden, daß Demokratien ebenso wie hochentwickelte Staaten ein bedeutend höheres Maß an politischer Stabilität aufweisen. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß demokratische Strukturen im Hinblick auf die politische Stabilität erstrebenswert und damit Ziel der Modernisierung unterentwickelter Staaten sein können.

Diese These setzt zwei Annahmen voraus. Erstens muß politische Stabilität als ein Wert akzeptiert werden, der im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit politischer Systeme hochrelevant ist. Zweitens wird impliziert, daß unterentwickelte Staaten die Bereitschaft aufbringen, Erfahrungen über Stabilitäts- und Instabilitätsphasen der Industrieländer für sich nutzbar zu machen.

Sicherlich kann argumentiert werden, daß in traditionellen Gesellschaften politische Stabilität vorhanden ist, jedoch durch modernisierende äußere Einflüsse zerstört wird. Doch ist eine statische

Gesellschaft nicht vorstellbar, allein aus einer inneren Entwicklungsdynamik heraus. Es stellt sich also nur die Frage, in welcher Form dieser Wandel vollzogen wird und ab welchem Grenzwert er als instabil und damit dysfunktional bezeichnet werden kann. Darüber kann eine Vielzahl von Indikatoren Aufschluß geben, die in Relation zum Entwicklungsniveau eines Landes gesehen werden müssen.

So wurde festgestellt, daß beispielsweise häufige Demonstrationen als Anzeichen von Instabilität in Demokratien gewertet werden können, diese jedoch noch lange nicht zu systemrevolutionären Konsequenzen führen müssen. Für eine zukünftige Theorie politischer Stabilität müssen daher die erarbeiteten Determinanten eine Gewichtung in Abhängigkeit vom Modernisierungsgrad erhalten.

Bei einer Differenzierung in Industrie- und Entwicklungsländer einschließlich eines Ländertypus in der Phase des take-off muß berücksichtigt werden, daß trotz einer starken Beziehung zwischen Demokratie und politischer Stabilität unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungswege denkbar sind. Das Pochen der Entwicklungsländer auf eigene Entwicklungsformen ist nicht zuletzt Ausdruck nationaler Konstanten. Ethnische Unterschiede, kulturelle Eigenheiten oder auch religiös bedingte Einstellungen gegenüber der Leistungsbereitschaft können einem Wandel gesellschaftlicher Strukturen unabänderlich entgegenwirken. Politische Instabilität ist dann aus der Diskrepanz zwischen modernisierenden Bereichen und inflexiblen länderspezifischen Eigenheiten erklärbar. Demnach ließen sich kultur-orientierte Indikatoren bestimmen, die einen konfliktfreien Wandlungsprozeß beeinträchtigen können, um daraus Instabilitätsmomente prognostizierbar zu machen. Eine solche Vorgehensweise zukünftiger Studien könnte dann auch diejenigen Faktoren, die politische Stabilität direkt beeinträchtigen bzw. begünstigen, von denen isolieren, die nur mittelbaren Einfluß auf stabile politische Systeme haben. Während z.B. festgestellt wurde, daß in den meisten Fällen wirtschaftliche Unterentwicklung politische Instabilität nach sich zieht, bleibt noch zu fragen, welche exakt zu definierenden, wirtschaftlichen Konstellationen auf den politischen Bereich disharmonisierend übergreifen.

Für die Tätigkeit von Direktinvestitionen bedeutet dies, daß eine Offenlegung von intervenierenden und direkt relevanten Variablen politischer Instabilität weiteren Aufschluß über die Risikostruktur eines Landes geben kann. Auch dürfen sich Direktinvestitionsanalysen nicht auf allgemeine, global anwendbare Schemata von Risikoprofilen stützen, sondern müssen kultur- und regionsspezifische Kriterien in die Investitionsentscheidungen einfließen lassen.

Im Anschluß an diese Fallstudie wurde eine breit angelegte empirische Untersuchung über den Zusammenhang zwischen politischen Ereignisvariablen und ausländischen Direktinvestitionen untersucht, wobei ein Teil der Hypothesen über diesen Zusammenhang getestet werden sollte. Die Regressionsanalyse erbrachte insofern überraschende Ergebnisse, als ein signifikanter Zusammenhang zwischen den beiden Größen nur bei relativ hohen time-lags von 7 bzw. 9 Jahren festgestellt werden konnte. Das bedeutet, daß Unternehmen bei ihren Direktinvestitionsentscheidungen mit relativ großer Zeitverzögerung auf politische Ereignisse reagieren. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die politischen Ereignisvariablen nicht im erwarteten Umfang die Direktinvestitionsentscheidungen beeinflußt haben und weiterhin, daß die politischen Ereignisvariablen in der gemeinsamen Gruppe der Industrie- und Entwicklungsländer wesentlich signifikanter ausgeprägt sind, als in der Gruppe der Entwicklungsländer. Schließlich überraschte auch, daß politische Ereignisvariablen nicht mit dem erwarteten Vorzeichen mit den Direktinvestitionsentscheidungen korrelierten. Dies trifft beispielsweise auf den positiven Zusammenhang zwischen Protestdemonstrationen und den Umfang der Direktinvestitionen zu. Diese Ergebnisse fordern weitere empirische Untersuchungen geradezu heraus, insbesondere deshalb, weil zu vermuten ist, daß besonders signifikante Ereignisse in einigen wenigen Ländern die Ergebnisse sehr stark beeinflußt haben.

Zum Abschluß der Arbeit wurde schließlich versucht, ein Modell zur Evaluierung politischer Risiken für Direktinvestitionsentscheidungen zu entwickeln. Dieses Modell differenziert wirkungs- und ursachenbezogene Ansätze zur Analyse politischer Risiken, wobei betont werden muß, daß beide Ansätze kombiniert anzuwenden sind. Im Rahmen des

ursachenbezogenen Ansatzes wurde der Versuch unternommen, die jeweiligen politischen Risiken in ein Gesamtschema zu integrieren und zu quantifizieren. Diese Quantifizierung ist letztlich nicht bis ins Detail begründbar und muß vom jeweiligen Anwender überprüft und gegebenenfalls modifiziert werden. Da dieses Modell nur vorläufigen Charakter besitzt, ist es notwendig, im Rahmen weiterer detaillierter empirischer Untersuchungen die jeweiligen Teilaspekte noch genauer zu berücksichtigen und ihre Relevanz für das Gesamtmodell zu überprüfen. Das bedeutet, daß sich die vorliegende Arbeit als ein Anstoß versteht, die politische Risikoanalyse für Direktinvestitionsentscheidungen im Rahmen der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung verstärkt zu behandeln.